

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Drucker und Verleger: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

## Abend-Ausgabe.

## Freigesprochen.

Wenn auch in dem Lachener Kloster-Prozess der Staatsanwalt eine Verurteilung beantragt hatte, so zweifelte doch Niemand daran, daß auf Freisprechung erkannt werden, denn man mußte es den Angeklagten hoch anrechnen, daß sie energisch vorgehen, um Zustände aufzuklären, welche in unserem Jahrhundert kaum für möglich gehalten werden. — Ein solches Vorgehen verdiente keine Bestrafung, sondern Belobigung. Die Freisprechung ist denn auch erfolgt und überall mit größter Genugthuung aufgenommen. Der Prozeß-Weltlage ist ein schwerliches Gemälde geistiger und sittlicher Verwirrung, wie sie sich auch bei der Erfüllung der Zeugenschaft noch verschiedentlich zeigte, einer beispiellosen Mißwirtschaft, wie sie in einem geordneten Staatswesen unvorstellbar sein sollte. Wenn bei in Preußen in einem katholischen Kloster vorkommt, wie muß es dann im Kirchenstaat ausgefallen haben! Die Freisprechung der Angeklagten ist erfolgt in der katholischen Stadt Preußens unter lang andauerndem Jubel des Publikums. Aber damit ist dem öffentlichen Rechtsempfinden weitläufig nicht Genüge geschehen. Die Schuldigen müssen ihren Lohn erhalten, schnell und schmerzlos und ohne Ausnahm. Und gründlicher Wandel in der Verwaltung muß geschaffen werden, damit in einem Staate, der so reich an Polizei ist, wie Preußen, die Aufdeckung solcher Grenz nicht Privatpersonen und der Presse überlassen, sondern der zuständigen Behörden rechtzeitig durch die Behörden vorgebeugt werde.

Der leitende Arzt von Mariaberg, Dr. Capellmann, ist bereits von seinem Amt zurückgetreten. Als Grund führt der Vertreter der Nebenkläger an, daß Dr. C. einjah, daß er nach den Aussagen der Gutachter die mangelhafte Organisation an den hier zu Tage getretenen Mißständen schuld sei, und daß er nicht geneigt war, in dieser fehlerhaften Organisation weiter zu wirken. Die Organisation, daß ein Arzt bei 200 bis 300 Kranken nur im Nebenamt angestellt ist, befiehlt meines Wissens nicht nur hier, sondern bei allen Pflege-Anstalten der Rheinprovinz. Dr. Capellmann hatte seinem Amte sich treu gewidmet, und daß er nicht gewußt, was alles hier zu Tage trat, war nicht seine Schuld, das war die Organisation der Anstalt, und deshalb ist er zurückgetreten.

In einer Besprechung der Stellung der Reichsregierung zum Prozeß-Weltlage theilt die „Königliche Zeitung“ mit, daß sie aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß speziell der Reichsanwalt Fürst Hohenlohe bereits vor wenigen Tagen sehr umständlich sein Vernehmen darüber ausgesprochen habe, daß solche Vorkommnisse überhaupt geschehen können, während er bis bisher im deutschen Lande für unmöglich erachtet habe. Der Reichsanwalt ordnete hierauf an, daß schleunigst die unangenehme Vorkommnisse getroffen werde, um die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse dauernd zu verhindern.

Ueber die Haltung des Staatsanwalts nach Schluß der Beweisabnahme schreibt die „Nat.-Ztg.“: „Die telegraphische Meldung, daß er trotz des Ergebnisses dieser die Anklage wenigstens zum Theil aufrechterhalten und gegen die drei Angeklagten Geldstrafen beantragt, hatte in den meisten Kreisen Entsetzen erregt; die jetzt vorliegende Begründung der Strafanträge kann dasselbe nur verstärken. Der Staatsanwalt enthielt sich über die großen Fragen, welche Weltlage in seiner Broschüre und in seinen Zeitungsartikeln aufgetragen, aber die Enttarnung über die inwärtigen festgestellten Zustände läßt doch wohl die Anwendung der härtesten Strafen gerechtfertigt erscheinen, und gerade die Lachener Staatsanwaltschaft hat bewiesen, wie notwendig es war, „Straf zu sprechen“. Hatte dieselbe Staatsanwaltschaft doch trotz allem keinen Anlaß gefunden, gegen die Mariaberg-Brüder vorzugehen! Jetzt wird dies, wie der Staatsanwalt in seiner Rede mittheilte, allerdings geschehen — lediglich Dank der Weltlage und Genossen. Wahrscheinlich würden diese, wenn sie sich zurückhaltend ausgedrückt hätten, nicht einmal den Strafantrag der Vater und Mütter von Mariaberg bewirkt haben, denn diese hatten allen Grund, eine Verhandlung, wie die nunmehr bevorsteht, zu fürchten; sie mußten daher gezwungen werden, sie durch einen Strafantrag herbeizuführen. Für

alles dies hat der Staatsanwalt keine Empfindung; er entsetzt sich darüber, daß die Broschüre ein wenig schmeicheles Kontreier mehrerer der „Brüder“ enthalten habe, und er spricht gar von beleidigten Ecken, die „aus christlicher Barmherzigkeit“ ihren Beruf erfüllen! Die Beweisabnahme hat ergeben, daß eine Anzahl roher Patrone unglückliche Kranke unerbötlich mißhandelt haben unter freier Willkür der beiden Ärzte, von denen der eine, wie am Freitag mitgeteilt wurde, seine Stellung bei der Anstalt nunmehr niedergelegt hat; von „christlicher Barmherzigkeit“ hat man nichts erfahren. Der Staatsanwalt hat sich, indem er die Anklage nicht einfach fallen ließ, in schroffen Gegensatz zu dem öffentlichen Rechtsempfinden gesetzt; daß er nicht etwa durch unbillige, formelle Schranken gehindert war, bemessen Genüge zu thun, hat das auf vollständige Freisprechung aller drei Angeklagten lautende Urtheil des Gerichtshofes darzulegen. Das Verhalten des Lachener Vertreters der Staatsanwaltschaft aber ist leider typisch für die Auffassung, welche diese in nur zu vielen Fällen bekundet; nur zu oft tritt sie, statt als Anwaltschaft des Staatsinteresses — welches hier von Weltlage und Genossen, sowie von deren Vertretern vertreten wurde — als bloße Anwaltschaft einer einseitigen Strafvorgeschreibung auf.“

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Es ist dankenswerth, daß die Regierung eine strenge Untersuchung angeordnet hat; wir hoffen, daß man dabei sowohl den Dingen nachgehen wird, als auch den Verhältnissen, die man nicht öffentlich besprechen hat. Auch wird es sich empfehlen, die Untersuchung nicht auf Mariaberg zu beschränken, sondern sie auf alle ähnlichen Anstalten der Provinz auszudehnen, um festzustellen, ob es in ihnen besser oder gar noch schlimmer ausseht. Öffentlich finden sich für das Reinigungswesen der Personen mit scharfem Fieber, die dem Niederbruch eines in seinen Folgen unheilvollen Systems unbedeutend und unbefangenen gegenüberstehen. Die Mariaberg haben weder geistig noch moralisch den Beweis der Befähigung erbracht, die unglücklichen Heilungsversuche sachgemäß zu pflegen. Es wäre gut, wenn der gerichtliche Aufklärungsdienst die Rolle von kirchlichen Vorurteilen endgültig zerstreut hätte, welche gewisse Kreise beherrschen. In andern Provinzen aber, wo eine gewisse Neigung zu ähnlichen Mißgriffen besteht, wird man sich die trübten rheinischen Erfahrungen wohl zu Herzen nehmen.“

Die „Magdeburger Ztg.“ bemerkt: „Wir sind weit entfernt, aus dem einen Falle ein allgemeines Urtheil über die vielgepriesenen Wohlfahrtsanstalten der katholischen Kirche ziehen zu wollen. Aber wenn in den ultramontanen Blättern immer gesagt wird, als ob hinter den Klostermauern nur eine Welt des Friedens und eine Welt reiner Menschlichkeit sei und als ob es nichts Verwerflicheres geben könne, als wenn der profane Staat sich auch ein Recht zur Aufsicht und Einmischung in die kirchlichen Anstalten aneignen wolle, nun so sind die Vorgänge in Mariaberg dazu geeignet, auch dem Blödesten die Augen zu öffnen. Sie werden freilich auch zu allgemeinen Maßregeln Veranlassung geben müssen.“

## Deutschland.

Berlin, 10. Juni. In einer außerordentlichen Sitzung, welche am Sonnabend Nachmittag unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Helle stattfand, hat der Magistrat beschloffen, sich an der Feier der Enthüllung des Antikristenmals auf dem Neuen Markte in corpore und in Amtstracht zu betheiligen. Dies werden auch die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung, welcher von diesem Magistratsbeschlusse sofort Mittheilung gemacht worden ist, thun.

Der Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung hat an den Reichsanwalt eine Vorstellung gerichtet, deren Schluß lautet:

„Alle brennenden Reimer des Erwerbslebens kommen darin überein, daß die Angriffe auf die bestehende Währung ungerechtfertigt und die darauf gebauten Verpfändungen hinfällig sind; daß die bimetallistischen Vorschläge auf nichts Anderes hinauskommen, als auf Erreichung unerfüllbarer Hoffnungen, auf die Erschütterung der Grundlagen für das stete und gedeihliche Fortschreiten

der deutschen Erwerbsthätigkeit. Diejenigen, welche dieses Treiben auf Entscheidung verurtheilen, sind gerade die, welche mit den praktischen Aufgaben des Erwerbslebens und insbesondere mit der Währungsfrage vertraut sind. Alle hier einschlagenden Einheiten des internationalen Geldverkehrs, des Bauwesens, des Zinsfußes, der Preisbewegung, Valutadifferenzen, der Währungsbedingungen und ihnen aus der lebendigen Anschauung bekannt. Mit voller Ueberzeugung dürfen sie auch das Gewicht des Urtheils in die Waagschale werfen, welches in gleichem Sinne der oberste Leiter des größten Geldinstituts des Reiches, der Präsident des Reichsbankdirektoriums, so oft bereits motiviert hat, ein Mann, gleich hochsteht an Charakter wie an Einsicht und Sachkenntnis, darüber vertheilt von Allen, die ihn in der Leitung und Ausübung der Aufgaben der Reichsanstalt an der Arbeit zu sehen Gelegenheit hatten, im Laufe seiner Amtsthatigkeit von Sr. Majestät dem Kaiser glänzender Anerkennung gewürdigt. Solche Stimmen verdienen wahrlich die ernste Beachtung, wenn sie sich mit der bringenden Bitte an die Reichsregierung wenden: Setzen den bisher eingehaltenen Grundsätzen des bimetallistischen Fortschritts zu widerstreben und von allen Maßnahmen Abstand zu nehmen, die unserer Währung der Erwerbskraft glänzender Tage „präjudicirten“ und als eine Gefährdung des bestehenden Wohlstandes ausgenutzt werden könnten. Angesichts der Beschlässe des preussischen Landtages vom 21. und 22. Mai d. J. fühlen die Unterzeichneten noch viel dringlicher als es schon vorher geboten war, die Pflicht, den Ernst der Lage und die Abwendung unabsehbarer Unheils Ew. Durchlaucht aus Herz zu legen.“

Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalcredit, zugegangen. Die grundsätzlichen Paragraphen der Vorlage lauten:

§ 1. Zur Förderung des genossenschaftlichen Personalcredit wird unter dem Namen „Preussische Zentral-Genossenschaftskasse“ eine Anstalt mit dem Sitz in Berlin errichtet. Die Anstalt besitzt die Eigenschaft einer juristischen Person, sie steht unter Aufsicht und Leitung des Staates. § 2. Die Anstalt ist befugt, folgende Geschäfte zu betreiben: 1. zinsbare Darlehen zu gewähren an a) solche Vereinigungen und Verbände, welche eingetragene Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Weingüter vom 1. Mai 1889 — R.-G.-Bl. S. 55 —), welche unter ihrem Namen vor Gericht klagen und verklagt werden können, b) die für die Förderung des Personalcredit bestimmten landwirtschaftlichen (ritterlichen) Darlehensstellen, c) die von den Provinzen (Landesbankvereinen) errichteten gleichartigen Institute; 2. von den unter 1. gedachten Vereinigungen a. f. w. Gelder verzinslich anzunehmen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben (1. und 2.) ist die Anstalt außerdem befugt, 3. sonstige Gelder im Depositen- und Wechselverkehr anzunehmen; 4. Sparanlagen anzunehmen; 5. Kassenbestände im Wechsel-, Lombard- und Effektenverkehr nutzbar zu machen; 6. Wechsel zu verkaufen und zu acceptiren; 7. Darlehen anzunehmen; 8. für fremde Rechnung Effekten zu kaufen und zu verkaufen. § 3. Der Staat gewährt der Anstalt für die Dauer ihres Bestehens als Betriebskapital eine Einlage von 5 Millionen Mark in 3 procentigen Schuldverschreibungen nach dem Nennwerthe. § 4. Der Finanzminister wird zur Ausgabe der Schuldverschreibungen (§ 3) ermächtigt und bestimmt, zu welchen Beträgen und zu welchen Bedingungen der Kündigung die Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen. Im übrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe und wegen Veräußerung der Finsen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1889 (Gesetzblatt S. 1197) zur Anwendung. § 5. Es bleibt den im § 2 zu 1. gedachten Vereinigungen a. f. w. vorbehalten, sich gleichfalls an der Anstalt mit Vermögensanlagen nach näherer Bestimmung der Aufsichtsbehörde zu betheiligen. § 6. Von dem beim Jahresabschlusse sich ergebenden Reingewinne der Anstalt wird: 1. zunächst die eine Hälfte zur Bildung eines Reservefonds, die andere Hälfte zur Veräußerung der Einlagen bis zu drei Prozent verwendet, ein etwaiger Ueberschuss ebenfalls dem Reservefonds zugeführt; 2. sobald der Reservefonds ein Viertel der Einlagen beträgt, eine Vergrößerung der Einlagen bis

zu fünf Prozent gewährt, etwaiger Ueberschuss dem Reservefonds bis zur Erreichung der vollen Höhe der Einlagen und darüber hinaus den allgemeinen Staatsfonds zugeführt.

Die deutsche Kolonialgesellschaft beschloß, ihre diesjährige Hauptversammlung in Kassel, über deren Verlauf wir berichteten, vorgezogen mit einem Festmahl. Aus der Reihe der abkömmlichen Reden, die auf diesem Festmahl gehalten wurden, verdient diejenige hervorgehoben zu werden, die Gouverneur von Wissmann in Erwiderung auf eine Ansprache des Staatsministers a. D. von Hofmann hielt. Major von Wissmann sagte über die Aufgaben, die er sich als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika gestellt hat:

„Es ist jetzt das dritte Mal, daß ich vom deutschen Vaterlande Abschied nehme, und der Abschied wird mir diesmal nicht leicht. Ich habe für den Posten, den mir der Kaiser jetzt übertragen, eine fünfzehnjährige Schule durchgemacht; zunächst als Forscher in einer Zeit, als Deutschland noch nicht an koloniale Erwerbungen in Afrika dachte, dann im Dienste Deutschlands und als Soldat. Eine schwierige, vielseitige Thätigkeit erwartet mich nun abermals in Afrika, und ich glaube sogar, daß meine neue Thätigkeit schwieriger und verwickelter sein wird, als die frühere. Dieser Befehl ist eine große Selbstständigkeit in Afrika, eine Selbstständigkeit, wie sie vielleicht keinem Beamten gewährt worden ist und gewährt werden wird. Das daale ich dem weiten Blick und dem großen Verständnis unseres früheren Reichskanzlers, des Fürsten Bismarck. Nach meiner Ansicht war diese Selbstständigkeit die erste Bedingung zum Erfolge. Freilich läßt sich das jetzt nicht mehr so durchführen. Aber wenn auch meine Aufgabe, mein Amt schwieriger sein wird, so gehe ich doch, nachdem ich mich in Europa habe erholen können, mit Vertrauen und festem Willen nach Afrika. Ich werde das Gute, das dort geschaffen ist, erhalten, die gute Verwaltung und die gute Schuttruppe, aber vor Allem werde ich die intensive Vnangriffnahme unserer wirtschaftlichen Entwicklung betätigen. Ich will es hier ausprechen, daß ich jedem wirtschaftlichen Unternehmen Thät und Thor zu öffnen gewillt bin, jedem Unternehmen und jedem Kapital. Vielleicht nur, daß die Fabrikanten von Papier und Tinte nicht ganz zufrieden mit mir sein werden. Die Hauptstütze aber sehe ich in der Kolonialgesellschaft; sie kann mich draußen am besten unterstützen. In dieser Hoffnung, und daß sie mich selbst dann nicht fallen läßt, wenn es auch einmal heißen sollte, — der Wissmann ist auch vom „Tropenheer“ erfasst — die Verbindungen mit Afrika sind weit und langwierig — bitte ich, mir Ihr volles Interesse zu erlauben.“

Der evangelische-soziale Kongreß in Erfurt beschäftigte sich auch mit der „sozialen Lage der Frau“ und trat verschiedene Beschlüsse, aus denen wir folgende hervorheben: Als ein geeigneter Weg zur Befreiung der Schwierigkeiten kann die von einem Theil der Frauenbewegung, besonders im Auslande und in der Sozialdemokratie geforderte völlige soziale und politische Gleichstellung der beiden Geschlechter und die dadurch bedingte freie Konkurrenz auf allen Gebieten nicht angelegen werden. Vielmehr ist die Bewahrung und Ausbildung der durch Natur und Geschichte gegebenen Eigenthümlichkeit von Mann und Weib die vornehmste Bedingung zur Lösung ihrer Kulturaufgaben; die beiden Geschlechter sind gleichwertig, nicht gleichartig. Die Fraufrage ist vorzugsweise eine Bildungsfrage und hat als solche gemäß den Anforderungen der Gegenwart neue Wege einzuschlagen. Zu höheren und unteren Ständen ist die Frau für die Stellung der Hausfrau besser vorbereitet. Zugleich ist — und zwar auch staatlicherseits — Sorge zu tragen, daß unverheiratete Frauen in Fachschulen für pflegende und gewerbliche Thätigkeit, in höheren Schulen für den ärztlichen und Lehrberuf gründlich vorgebildet werden können. Als wirtschaftliche Frage hat die Frauenfrage eine bessere Veranordnung der Frauen zu erfassen, geeignete Berufsarten für dieselben zu pflegen, neue Erwerbsquellen aufzudecken, Ueberlastung zu verhindern, dem Familienleben die Thätigkeit der Mutter zu erhalten. Als soziale Frage hat die Frauenfrage die religiösen und sittlichen Kräfte der Frauenschaft für die Erneuerung der Gesellschaft im Einklang mit dem lebendigen Christenthum richtig einzurichten und zu stärken. Den Frauen sind gesellschaftliche Organisationen zum Zweck der Förderung ihrer Angelegenheiten zu gewähren. Als Rechtsfrage soll die Frauenfrage, ohne den Emanzipationsgedanken zu dienen und die Einheit des christlichen Hauses, wie des deutschen Familienlebens zu gefährden, die unverheiratete Frau vor dem Mißbrauch ihrer Arbeitskraft, die verheiratete vor dem Mißbrauch der ehelichen Gewalt wirksam zu schützen.

Breslau, 6. Juni. Vierzig kirchlich liberale Geistliche hatten in einer öffentlichen Erklärung ihre freiere Stellung zum Apostollum im Gegensatz zu den schroffen Darlegungen der Majoritätspartei auf der Generalversammlung, bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Abgabe abzugeben. Diese Erklärung war auch von sechs kirchlichen Schlesien, darunter von einem aus Breslau, unterzeichnet. Das königliche Konsistorium für die Provinz Schlesien hat nach der „Bresl. Ztg.“ diesen Geistlichen eine ernste Mißbilligung ihres Verhaltens in einem längeren Schriftstück ausgesprochen.

Kiel, 8. Juni. Der Kaiser lehrte heute Abend 7 Uhr auf der Yacht „Meteor“ hierher zurück und begab sich am Bord der „Dobbenholten“.

Hamburg, 8. Juni. Nächste Woche trifft, wie die „Hamburger Börsenhalbe“ meldet, der bedeutende englische Reeder Sir Donald Currie auf seinem neuen Postdampfer „Lantallion Castle“ hier ein. Als seine Gäste kommen gleichzeitig Gladstone nebst Familie und viele Mitglieder des englischen Parlaments mit. Am Freitag findet zu Ehren der englischen Gäste ein Festmahl im hiesigen Zoologischen Garten statt. Der Postdampfer geht später nach Kiel zur Feier der Eröffnung des Nord-Deutsche-Kanals.

Darmstadt, 8. Juni. Die erste Kammer wird am 12. d. Mts. zu einer Sitzung zusammentreten.

## Frankreich.

Paris, 8. Juni. Der Ministerrath setzte die Rechnungen für die aufstehenden Abtheilungen der Generalräthe und Arrondissementsräthe auf den 28. Juli fest.

Ein Telegramm aus Madagaskar des Generals Duchesne theilt mit, daß die erste Brigade bis auf die Kilometer an den Vereinigungspunkt der Flüsse Ilova und Befifosa vorgerückt sei. Der Punkt scheint nicht vertheibigt zu werden. Es habe den Anschein, daß sich der Feind vor Moratana sammle.

## Schweden und Norwegen.

Christiania, 8. Juni. Der König, die Königin und der Kronprinz werden am Mittwoch hier eintreffen. Bevor diese Nachricht hier bekannt wurde, hatte der Staatsrath beschlossen, den König telegraphisch zu bitten, hierher zu kommen, um eine neue Regierung zu bilden. Gerüchtheile verlauten, daß eine Kompromiß-Regierung zu Stande kommen werde.

## Rußland.

Petersburg, 8. Juni. Laut den Kassenausweisen vom 1. Januar bis 1. März betragen im Ordinarium die Einnahmen 174 656 000 Rubel, gegen das Jahr 1894 mehr 9 810 000 Rubel, die Ausgaben 174 559 000 Rubel (+ 28 990 000 Rubel), im Extraordinarium die Einnahmen 1 040 000 Rubel (— 13 966 000 Rubel), die Ausgaben 4 927 000 Rubel. Die Hauptvermehrungen der ordentlichen Einnahmen entfielen auf Kroneneisenbahnen und Zolleinnahmen, die Hauptvermehrungen der außerordentlichen auf Eisenbahngesellschaften.

## Bulgarien.

Sofia, 8. Juni. Die parlamentarische Untersuchungskommission beschuldigt Stambulow, die Verfassung verletzt, die Pressefreiheit beeinträchtigt und Staatsgeheimnisse preisgegeben zu haben. Stambulow erhielt bislang keine Vorladung.

## Türkei.

In der armenischen Frage ist eine wesentliche Wendung eingetreten, die man vorerst freilich nur aus einer persönlichen Aenderung sich konstruieren kann. Ein Wechsel hinsichtlich des höchsten

stimmt, daß die Kustüle trotz der gezahlten Abgabe nicht in das Eigentum der betreffenden Hausbesitzer übergeht! Auf Grund dieses Urtheils, das vom Bezirksauschuss Köln genehmigt worden ist, wurde ein Fabrikbesitzer, an dessen Haus sich mehrere Ballons befanden, zur Zahlung einer großen Steuersumme aufgefordert. Der Bezirksauschuss erachtete den Anspruch der Stadt Wülheim für berechtigt und bezeugte die Abgabe als eine Gebühr für die Benutzung der Kustulen in öffentlichen Straßen. Auf die Revision der Firma hob das Ober-Verwaltungsgericht die Vorentscheidung auf und verurtheilte die Firma von der Steuer frei. Der zweite Senat erklärte die Forderung der Stadt Wülheim für ungegründet; eine Gebühr setze eine Gegenleistung voraus und könne nur für die Benutzung einer im öffentlichen Interesse unterhaltenen Veranstaltung erhoben werden.

Ueber den durchschnittlichen Miethwerth einer Familienwohnung, wie sich derselbe nach der letzten Gebäudesteuerrevision in den verschiedenen Vertheilungen in der Denkschrift, welche der Finanzminister dem preussischen Abgeordnetenhaus hat zugehen lassen. Danach berechnet sich der durchschnittliche jährliche Miethaufwand für eine zu 5 Köpfer angenommene Familie in Berlin auf 684 Mark, in der Provinz Posen auf 470 Mark, in den Städten auf 470, auf dem platten Lande auf 74 und in beiden zusammen auf 230 Mark, in der Rheinprovinz auf 326, 88 und 196 Mark, in Schleswig-Holstein auf 309, 117 und 190 Mark, in Brandenburg auf 249, 117 und 169 Mark, in Sachsen auf 261, 91 und 168 Mark, in Hannover auf 301, 81 und 148 Mark, in Westfalen auf 220, 95 und 140 Mark, in Pommern auf 252, 58 und 128 Mark, in Schlesien auf 276, 59 und 125 Mark, in Westpreußen auf 224, 48 und 100 Mark, in Ostpreußen 234, 44 und 91 Mark und in Posen auf 210, 41 und 90 Mark.

## Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Wirtschaftliche Zeitfragen. Das Arbeiterwohnungs-gesetz oder, wie es genauer heißt, das „Gesetz betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten“ ist vom Abgeordnetenhaus in dritter Lesung debattirt nach den Beschlüssen der zweiten Beratung angenommen und wird zweifellos auch im Herrenhause durchgehen. Dem Finanzminister wird durch das Gesetz ein Pauschquantum bewilligt, ein Dispositionsfonds, aus dem er, wie das Mädchen aus der Fremde, dem Fräulein, jenem Blumen austheilt. Die Dornen referirt er für den städtischen Grundbesitz, und dessen Klagen werden zu „fahnen“ vertheilt, daß man ihn selbst durch Zucker- und Brauntweinprämien nicht beruhigen kann. Durch das Arbeiterwohnungs-gesetz wird die Wohnungsfrage in seiner Weise gelöst. Es ist eine unumstößliche Konfessionsgrenze zwischen der privaten Bauhütigkeit. Die Privatinitiative würde dem Wohnbedürfnis der Arbeiter und kleinen Beamten weit eher abhelfen können, wenn man ihr nicht durch allerlei staatliche und politische Eingriffe und Beschränkungen das Leben so schwer machen wollte. Auch die städtischen Behörden sind in dieser Beziehung der Schuld nicht frei. Die städtischen Steuern und Gemeindefürsorge sind kaum noch erträglich für den Grundbesitz, und doch treibt das Finanzministerium der städtischen Steuerhelfer immer neue und oft recht seltsame Steuererfindungen. Selbst an eine kommunale Besteuerung der Feuerversicherungsprämie hat man in manchen Städten schon gedacht. Das aber schien sogar Herrn Miquel zu viel des Guten. In einem Einzelfalle haben die preussischen Minister der Finanzen und des Innern entschieden, daß einem auf die kommunale Besteuerung der Feuerversicherungsprämie gerichteten Beschlusse einer städtischen Behörde die Zustimmung nicht würde erteilt werden können. Aus den Kom-

missionsbeschlüssen ist hervorzubehen, daß die einschneidenden Bestimmungen über den Betrieb der Gasse und Schanzenwirtschaft, sowie über den Kleinhandel mit Branntwein auf Kauf- und andere Verträge, auch dann Anwendung finden sollen, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Die Beschränkung des Hausverkaufs, wonach das Auffaufen von Waren nur bei Kaufleuten und Produzenten oder in offenen Verkaufsstellen, das Auffaufen von Bestellungen nur bei Gewerbetreibenden, gegeben darf, in deren Gewerbebetrieb die angebotenen Waren Verwendung finden, soll der Kuponlage-Buchhandel nicht plagen. Doch sollen vom Gewerbebetrieb im Umherziehen diejenigen Buch-, Kunst- und Bildwerke ausgeschlossen sein, die in städtischer oder religiöser Beziehung Aergernis erregen.

Das Vorrecht der Bauhandwerker. Die Justizkommission des Abgeordnetenhauses bezieht im Anschluß an mehrere Petitionen, u. A. des Vereins für Bodenreform und des Zinn- und Eisenhandels, wonach das Auffaufen von Waren nur bei Kaufleuten und Produzenten oder in offenen Verkaufsstellen, das Auffaufen von Bestellungen nur bei Gewerbetreibenden, gegeben darf, in deren Gewerbebetrieb die angebotenen Waren Verwendung finden, soll der Kuponlage-Buchhandel nicht plagen. Doch sollen vom Gewerbebetrieb im Umherziehen diejenigen Buch-, Kunst- und Bildwerke ausgeschlossen sein, die in städtischer oder religiöser Beziehung Aergernis erregen.

Nachdem die Hausbesitzer Berlins gegen die ungerechtfertigte und unbillige Art und Weise, in der sie bei der Neuordnung des Kommunalsteuerwesens durch Steuern und Gebühren überfordert worden sind, wiederholt Protest eingelegt haben, ist nunmehr die Zeit gekommen, diesen Protesten weiteren Nachdruck zu verleihen. Der Vorstand des Bundes der Berliner Grundbesitzer-Vereine hat beschlossen, wegen der Erhöhung der Entwässerungsabgabe das Verwaltungsstreitverfahren einzuleiten, gleichzeitig aber seinen Mitgliedern zu empfehlen, einen Masseneinpruch gegen die Erhöhung der Entwässerungsabgabe zu erheben und so zu dokumentiren, daß der Berliner Grundbesitz nicht gewillt ist, noch länger eine unbillige Behandlung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu erdulden.

Die Berliner städtische Beihülfe an die Grundbesitzer-Eigentümer zu den Bürgersteigregulierungen auf Grund des Reglements vom 6. Februar 1874 ist für das Verwaltungsjahr 1895 bis 1896 von der städtischen Baudeputation auf 150 Mark für das Quadratmeter Granitplatten und auf 4 Mark für das laufende Meter Vorwischen festgesetzt worden.

Ist ein Schlossermeister berechtigt, einen Thorewegschlüssel ohne ausdrückliche Genehmigung des Gemeindevorstandes eine Bestellung eines Miethers anzufertigen? Diese Frage wurde neulich vom Schlossergesicht in Marzke verneint. — Ein Schlossermeister hatte im März einen polizeilichen Strafbefehl über 1 Mark erhalten, weil er im Dezember vorigen Jahres für eine Mietherin einen Thorewegschlüssel, den diese persönlich bei ihm bestellte, angefertigt hatte. Der in Rede stehende Thoreweg bildet zugleich auch den Hauseingang. Vom Beklagten wurde geltend gemacht, daß das Gesetz den Schlossermeistern nur die Anfertigung von Hauschlüsseln ohne Erlaubnis des betreffenden Hausbesitzers untersagt, nicht aber auch die Anfertigung von Thorewegschlüsseln. Er habe die Mietherin des fraglichen Schlüssels nicht gekannt, sie vielmehr für ein Dienstmädchen gehalten und unbedingt den Auftrag ausgeführt. Daß der bestellte Thorewegschlüssel im vorliegenden Falle zu-

gleich als ein Hauschlüssel im Sinne des Gesetzes anzusehen sei, habe der Beklagte nicht annehmen können, da die Auftraggeberin ihm diesen Umstand verschwiegen habe. Es könne doch dem Schlossermeister unmöglich zugemutet werden, in jedem einzelnen Falle eingehende Ermittlungen darüber anzustellen, ob ein in Auftrag gegebener Thorewegschlüssel sich in zweiter Linie auch als Hauschlüssel darstelle. Das Gericht erkannte, daß der polizeiliche Strafbefehl zu Recht erlassen worden sei. In den Urteilsgründen wurde ausgeführt, daß das Wort „Hauschlüssel“ im Sinne des Gesetzes nicht so auszulegen werden könne, daß darunter unter allen Umständen nur eine wirkliche Hauschlüssel zu verstehen sei. Es könne gar nicht zweifelhaft sein, daß der Angeklagte im guten Glauben gehandelt habe, doch liege hier eine Fahrlässigkeit seitens desselben vor. Der Schlossermeister müsse sich in solchen Fällen Beweispflicht darüber verschaffen, ob er sich nicht etwa strafbar mache. Wollte er könne er beratige Erundigungen nicht einziehen, so müsse ihm anheim gestellt werden, den Auftrag abzulehnen. Wäre das Gericht zu einer Freisprechung gekommen, so würde damit ausgesprochen sein, daß Jedermann sich einen Thorewegschlüssel anfertigen lassen könne. Dies würde aber der Absicht des Gesetzes, den Hauseigentümern gegen das Eindringen unbefugter Personen zu schützen, zuwiderlaufen. Aus diesen Gründen müsse die Verurteilung wegen Ueberschreitung des § 369 Abs. 1 d. R. Str. G. B. eintreten.

Zu einer Verstärkung der Luft sind die Steuerträger in der Stadtverwaltung zu Mähele a. Rh. schon gelangt. Allerdings hat ihnen das Oberverwaltungsgericht dabei einen Strich durch die Rechnung gemacht. In Wülheim war am 22. Mai 1890 ein Ortsstatut erlassen worden, wonach die Häuser in Wülheim, welche an den städtischen resp. öffentlichen Straßen liegen, nur mit Genehmigung der Stadtverwaltung mit Ballons oder Ertern versehen werden dürfen; ferner aber sind die Besitzer der Ballons und Ertern abgabepflichtig, und zwar für die zwischen der Straße und den Ballons befindliche Luftsäule; auch ist in dem Ortsstatut ausdrücklich be-



Beamten der Post ist erfolgt. Der Großbezirker  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten

Der Großbezirker Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten

Der Großbezirker Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten

Der Großbezirker Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten

Der Großbezirker Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten

Der Großbezirker Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten

Der Großbezirker Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten

Der Großbezirker Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten

Der Großbezirker Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten  
Dietrich ist durch die Postbeamten

Seitens der Reichskommission für die  
Stettiner Festungsgründung wurden heute Mittag  
drei im Bauverlei XV belegene Baugrundstücke  
öffentlich zum Kauf ausgeteilt und folgende Ge-  
bote erzielt: Für Parzelle 2 an der Kaiser-  
Wilhelm- und Preussischen Straße, 1043 qm  
groß, 44 Mark von Herrn Zimmermeister J.  
Z. H. m. s. für Parzelle 3 an der Kaiser-Wilhelm-  
straße, 750 qm groß, 43,30 Mark von Herrn  
Zimmermeister und Architekt R. Kied; für  
Parzelle 16 an der Preussischen Straße, 908 qm  
groß, 36,30 Mark von Herrn Glasermeister  
D. n. g.

Im Wahlkreis Kolberg-Pöslin-  
Bublitz ist die Agitation für die auf den 18.  
d. M. anberaumte Reichstagswahl sehr leb-  
haft, alle Parteien haben eigene Kandidaten auf-  
gestellt, die Konserverativen im Verein mit dem  
Bunde der Landwirthe die bisherigen Abgeord-  
neten v. Gersdorff-Parkow, die freisinnige Vereinigung  
denen die Sozialdemokraten den früher in  
Köslin wohnhaften Kaufmann Bog und die Anti-  
semiten Abwärtiger Richter Baasch, welche  
Legation in einem Aufreiß ausbrüchlich erklärt hat,  
daß er nicht gegenstellt ist. Abwärtiger bereit  
selbst den Wahlkreis, um die Wahl seines Freundes  
Baasch zu unterstützen, und er hat wieder eine  
neue Art der Agitation entdeckt. Da Baasch ge-  
nau nicht bestimmt ist, sich seinen Wählern per-  
sönlich vorzustellen, so reicht Abwärtiger Photo-  
graphien in der Versammlung herum.

In Kiel hat sich ein Versuch zur Er-  
richtung eines Denkmals für Karl L. d. W. ge-  
bildet, der die zahlreichen Erbauer des Meisters  
der Wallade bittet, den bereits vorhandenen Grund-  
stück nach Kräften vermehren zu helfen. Beiträge  
sind an den „Ausflug für das Kieler Denkmal in  
Kiel“ zu senden.

Die Ansicht, daß das Fahrrad als  
ein Fuhrwerk im Sinne des Gesetzes nicht  
anzusehen sei und man daher auch nicht nötig  
habe, Radfahrer auf der Straße und trotz der  
folgenden Anzeichen auszuweisen, ist vollkommen  
falsch. Es wird in preussischen Kammergerichts-  
entscheidungen ausdrücklich hervorgehoben, daß das  
Fahrrad als Fuhrwerk zu betrachten und demge-  
mäß zu behandeln ist. „Jeder Fußgänger“, so  
heißt es in einem solchen Erkenntnis, „hat auch  
den Fahrer auszuweichen; ihm ist dies trotz  
wiederholter Zeichen nicht, so kann er bestraft  
werden.“

Aus den Provinzen.  
Greifswald, 9. Juni. Die gestern ab-  
gehaltene Dietschau und Ausstellung des land-  
wirtschaftlichen Bauernvereins wurde von dem  
Vorsitzenden, Herrn v. Doering-Wilhelmsburg, mit  
einer kurzen und kernigen Rede eröffnet, in der  
der Noth der Landwirtschaft gedacht, aber auch  
das Vertrauen und die Hoffnung auf bessere Tage  
ausgesprochen wurde. Herr Bürgermeister Weber  
wurde darauf hin, daß es hauptsächlich Herrn von  
Doering zu danken sei, daß diese Ausstellungen zu  
Stande gekommen, und brachte ein Hoch auf  
den genannten Herrn aus. Die Ausstellung war  
nicht sehr zahlreich besucht, dagegen das ausge-  
stellte Vieh von ausgezeichnete Qualität und  
Rasse, und brachte hauptsächlich in der Abtheilung  
„Kinder“ es so recht zur Geltung, welche Vor-  
schritte unser Viehwesen in den letzten Jahren  
gemacht hat. Die Prämierung der Pferde wurde  
durch das Ehrenmitglied des Vereins, Excellenz  
General von Bartenleben, geleitet. Um 6 Uhr  
vereinigten sich dann die Mitglieder zu einem ge-  
meinsamen Mittagessen.

Vermischte Nachrichten.  
Berlin, 8. Juni. Einer jüdischen Gemein-  
schaftsleiterin war bekanntlich, wie es heißt, in  
folge eines Mißgriffes eines städtischen Vektors  
ausführliche der Unterricht in der christlichen  
Religion erteilt worden. Dies scheint verhängnis-  
volle Folgen für alle jüdischen Lehrerinnen, die  
Anstellung im städtischen Gemeindefunktionä-  
rath, haben zu sollen. Auf eine Anfrage ist  
nämlich eine bereits seit einem halben Jahre als  
Hospitantin zugelassene jüdische Lehrerin fol-  
gender Bescheid zugegangen: „Nachdem das künig-  
liche Provinzial-Schulcollegium angeordnet hat,  
daß die Verwendung jüdischer Lehrkräfte zur Aus-  
bildung auf eigenen Fälle zu beschränken sei, in  
denen es sich um die Ertheilung des jüdischen  
Religionsunterrichts handelt, ist die Ansicht auf  
voronirte Beschäftigung im städtischen Dienst  
für Sie bis auf Weiteres so gering geworden,  
daß wir Ihnen den Rath ertheilen müssen, vom  
Hospitanten an den Gemeindefunktionärsrat zu  
nehmen. Berlin, 6. Juni 1895. Die städtische  
Schuldeputation.“

Zur großen Berliner Ruderregatta haben  
36 Vereine 186 Boote gemeldet, d. h. 8 Vereine  
mit 22 Booten mehr wie im Vorjahr. Dazu  
treten noch die 13 Schülerboote, die am Tage  
vor der großen Regatta um den Kaiserpreis fan-  
gen werden, so daß an den 3 Regattatagen ins-  
gesamt 341 Ruderer in 199 Booten um die  
Preise kämpfen werden. Da zu zwei der Rennen  
18, bezw. 16 Boote gemeldet haben, wird man  
für diese am Tage der Schülerrennen be-  
sondere Vorkehrungen treffen. Von den 36 Klubs  
find 16 aus Berlin und deren Umgebung, aus  
Hamburg, 12 aus Stettin, Frankfurt a. O., Danzig,  
Hannover und Münster und je einer aus Halle,  
Breslau, Kiel, Dessau, Elbing und Mainz. Im  
Kaiserpreis werden 6 Klubs zu starten und  
zwar aus Berlin Klub und Verein, aus Hamburg  
die Germania, aus Stettin Triton, sowie Mainz,  
und Kiel. Im Doppelachter hat nur der Berliner  
Klub gemeldet. Schwach besteht es leider auch  
das nachträglich eingeschriebene Rennen im Akademischen  
Vierer; der Berliner Akademische Ruder-  
verein wird hier nur dem Akademischen Ruder-  
und Schwimmverein zu Münster gegenüberstehen.  
Sehr bedeutend ist die Zahl der Teilnehmer in  
den zweis- und dreiklassigen Rennen angedeutet,  
zum Juniore-Vierer sind allein 36 Boote gemeldet,  
die man durch eine geschickte Klassifizierung auf  
drei verschiedene Rennen vertheilt hat.

Die Gesellschaften und Sonderfahrten,  
welche von Karl Stangen's Reise-Bureau, Berlin  
W., Mohrenstraße 10, im Juni, Juli und August  
nach Schweden, Norwegen und Dänemark ge-  
richtet sind, schließen sowohl die Fahrt bis zum  
Nordkap, als auch Touren durch die westlichen  
Fjorden und die schönsten Thäler Norwegens ein.  
Die am 9. Juli abgehende billige Sonderfahrt  
dabin eignet sich besonders für solche Reisende,  
welche die Ferien angenehm verbringen wollen.  
Im Oktober wird von Karl Stangen's Bureau  
die 6. Reise um die Erde angetreten, die diesmal in  
ungekehrter Richtung, wie früher, ausgeführt  
wird, nämlich über Egypten, Indien, Ceylon,  
Java, China, Japan, Nord-Amerika. Ausführliche  
Reisepläne giebt das genannte Bureau kosten-  
frei an.

(Der Mörder König-Baasch.) Aus  
Antwerpen wird der „Kön. Volkskr.“ berichtet:  
Ich hatte Gelegenheit, einen von Lieutenant Bree  
an seine Familie gelangten Brief zu sehen, der  
zu fern von Interesse ist, als er endlich die  
Bestätigung und Eintragung des Mörders Emin  
Baasch mittheilt. Der junge Offizier berichtet,

daß in den Regionen Kongo-Louga Ribonghe,  
den man stets an dem Vorbe Gmin mitzubringen  
glaubte, der gefährliche Gegner der Belgier ge-  
wesen sei. Was verschiedene Streifzüge gegen ihn  
nicht fertig gebracht, gelang endlich durch die  
Unvorsichtigkeit Ribonghes. Er hatte sich zu  
nahe an die Schuttruppen herangewagt und  
wurde durch einige, ihm bis dahin ergebene  
Hauptlinge verhaften. Kommandant Kohaire, zu  
dessen Expedition der Lieutenant gehört, rückte,  
als ihm die Nachricht von der Gefangennahme  
Ribonghes bekannt wurde, sofort in Eilmärsch  
mit einigen Soldaten auf den Ort zu; der  
übrige Theil der Truppe kam langsam nach. Ein  
Brief Kohaires forderte das Gros der Expedition  
ebenfalls auf, eilig auf den Indio-Platz zu-  
marschieren, da ein Weiser, welcher den Arabern  
Munition und Waffen geliefert habe, Ribonghe  
zu Hilfe käme. Der Brief Weises ist, konnte nicht  
festgelegt werden. Als Bree mit seinen Truppen  
den übrigen Theil der Expedition erreicht hatte,  
traf er dieselben mit den Hauptlingen Mutia und  
Keneua zusammen. Der Letztere hatte Ribonghe  
verrathen. Ribonghe blieb während des Kriegerathes  
zurückhaltend und stolz, wie alle Araber in ähn-  
licher Lage. Sein Aengstern ist einheimisch; er  
ist von hohem Wuchs (1,85 Meter) und schönen  
Zügen. Nach einer Verhandlung von fast zwei  
Stunden erklärte Ribonghe ruhig, daß er Emin  
getödtet habe und seine Strafe ruhig erwar-  
te. Für die, welche ihn verrathen, hatte er noch einige  
Worte der Berachtung. Er wurde sofort ver-  
urtheilt und erschossen. Die Verräther lebten  
vor dem Tode in der größten Angst, da  
sie für ihr Leben fürchteten, falls Ribonghe  
frei käme.

Aus dem durch das Hochwasser in der  
Nacht zum Donnerstag so schwer betroffenen  
schwäbischen Städtchen Dillingen bringt der  
„Schwäb. Merk.“ einen Bericht, dem wir fol-  
gendes entnehmen: Nachdem sich gegen 8 Uhr ein  
sanfter Regen eingestellt hatte, gegen 11/2 Uhr  
heftige Schwallen über die heilige Gegend, die  
wieder mit wolkenbruchartigem Regen niederkam.  
Die ohnehin schon hart angeschwollene Spach-  
lei schloß an, so daß sich um 1/2 Uhr ein drau-  
sendes Gieß bemerkbar machte. Ein Krachen und  
Dröhnen ließ Unheilvolles ahnen. Sofort erschau-  
ten allen Seiten von den Wohnungen am Mühl-  
kanal verzweifelte Hilfsgekrei. Nichts Weses  
abund, hatten sich diese Bewohner zur Flucht be-  
geben und wurden von der Sturmfluth über-  
rascht. Ein Kittern von Dachziegeln und das  
Einfurzengeiße zeigte das Wegschwimmen einer  
Verbindungsmauer an; fast gleichzeitig wurde das  
Wohn- und Wohngebäude eines ärmeren  
Führmannes weggerissen, die Frau und sechs  
Kinder nebst den Viehen und Hegen wurden  
mit fortgerissen, während der Gemann sich noch  
retten konnte; heute ist er geistesverwirrt. Andere  
Familien mußten durch das Dach mit über den  
kanal gelegten Feuerbockelsteinen gerettet werden.  
Der Besatz der Frau des erwähnten Führ-  
manns wurde an einem Pfosten hängend aufge-  
funden. Drei Leichen von den Kindern wurden in  
gleicher Entfernung gefunden. Etwa 100 Meter  
unterhalb der Stätte dieser Katastrophe befindet  
sich ein Vodenbänchen. Der Besizer entran; die  
Frau wurde im Bette liegend vom Hochwasser  
überwältigt. Trotz jammervoller Hilferufe konnte  
ihre Hülle gebracht werden, da das Wasser  
schon über den Krenzfließen flaute. Sie ertrank  
dann auch mit zwei Kindern, während andere  
schlafende Kinder noch gerettet werden konnten. Ein  
weiteres Kind dieser Frau wird zur Stunde noch  
vermisst. Etwa 50 Meter weiter unterhalb der  
erlöschten Uferlinie ist die Kirchhofmauer ge-  
fallen. Hier standen sich Langhals, Dreiter, Balken, Garten-  
säume u. s. w. im Längendurchmesser von etwa  
10 Meter und hinderten den raschen und regel-  
rechten Abfluß des Wassers. Er nahm den Weg  
nach rechts, verließ das Anwesen eines Kauf-  
manns und Handeldgärters, ging durch den Friedhof,  
Bappels und Akenbäume mit sich führend,  
durchbrach die Umfassungsmauern an drei Stellen,  
riß Grabdenkmale um und schwemmte selbst Säuge  
aus dem Boden fort. Daß die an der Spach ge-  
legene Straße einem Gebirgsbach gleich, wird  
kaum erwähnt werden müssen. Eine oberhalb des  
Wassersturmes gelegene Sägemühle wurde voll-  
ständig weggeschwemmt; die Räder stiegen mitten  
auf der Straße. Die Stadtmühle stand hoch unter  
Wasser; der Viehstand konnte bis auf einige  
Schweine vollständig gerettet werden. Auch hier  
standen Menschenleben auf dem Spiele. Greßen  
Verlust erlitt der Stadtmüller aber auch  
durch Verheerungen und Wegschwimmen von  
Holz. Zwischen den Trümmern kann man er-  
trunkenes Rindvieh, Pferde, Schweine und Ge-  
fäßgefahr wahrnehmen. Unermesslich ist der ver-  
ursachte Schaden.

Ueber einen schrecklichen Unglücksfall in  
Puggoli bei Neapel werden folgende Einzelheiten  
bekannt: Eine vornehme Dame aus Neapel,  
Fürstin Helena Teodorati, welche an Rheumatis-  
mus litt, wollte, wie gewöhnlich, ein Bad in der  
heiligen Quelle bei Capri nehmen. Unglück-  
licherweise kam sie dem Badin, in welchem  
Schwefeldämpfe konzentriert werden, zu nahe, rutschte  
aus und fiel in das siedende Wasser. Ein Führer,  
der ihr Hilfsgekrei hörte, wollte ihr die Hand  
reichen, fiel jedoch gleichfalls ins Badin und  
wurde neben lebenden Leibes förmlich gelitten.  
Straßburg i. E., 8. Juni. Die Industrie-  
und Gewerbe-Ausstellung war an beiden Pfingst-  
feiertagen trotz der wenig günstigen Witterung  
sehr gut besucht. Am ersten Tage wurden 7383  
Eintrittskarten à 1 Mark und 2500 Arbeiterkarten  
verkauft, am zweiten Tage 8628 Eintrittskarten  
à 1 Mark und rund 1400 Arbeiterkarten. Bis  
zum 31. Mai waren 9300 Dauerkarten und  
1530 Schülerkarten ausgegeben. Die Straßen-  
bahn hat an den beiden Pfingstfeiertagen 26 090  
Personen auf der Linie nach der Ausstellung be-  
fordert.

Wien, 8. Juni. Heute Nachmittag fuhr  
der auf der Pferdebahn seit Kurzem probeweise  
verwendete Dampfswagen in Folge eines Ge-  
brechens an der Maschine an einer festen Stelle  
in einen anderen mit Pferden bespannten Wagen,  
wobei 14 Personen mehr oder minder schwere  
Verletzungen erlitten.

Paris, 8. Juni. In Cafés wurde bei der  
Handlung bei einem Arbeiter Bigne, der der  
Ersmordung der Madame Louis angeklagt war,  
eine geladene Bombe aufgefunden. Bigne er-  
klärte, er wollte die Bombe in einem Theater  
während der Vorstellung hinabwerfen.

Börsen-Notizen.  
Stettin, 10. Juni.  
Wetter: Schön, Temperatur + 20 Grad  
Reaumur, Barometer 762 Millimeter, Wind: D.  
Weizen früh, per 1000 Kilogramm, loco  
154,00—159,00, per Juni 157,50, per  
Juli-August 157,50, per Juli-August —  
per September-Oktober 160,50, u. s. w.  
Roggen mitter, per 1000 Kilogramm loco  
130,00—134,00, per Juni 132,50, per Juli-  
August 132,50, per Juli-August —  
per September-Oktober 137,00, u. s. w.  
Gerste ohne Handel.  
Hafer per 1000 Kilogramm loco, pom-  
merisch 120,00—124,00.  
Spiritus ruhig, per 100 Liter à 100 Prozent

Stettin, 10. Juni. Die Vorräthe von  
Kohleisen in den Stores belaufen sich auf 282 311  
Tons gegen 311 485 Tons im vorigen Jahre.  
Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hoch-  
öfen beträgt 77 gegen 73 im vorigen Jahre.  
Newport, 8. Juni. (Anfangs-Raum.)  
Weizen per Juli 83,75, Mais per Juli  
57,37.  
Newport, 8. Juni, Abends 6 Uhr.  
Y a u m e l l e in Newport . 7,25 7,25  
do. in Newport . 7,00 7,00  
Pet r o l e u m in Newport . 8,00 8,00  
Standard white in Newport . 7,65 7,65  
do. in Philadelphia . 7,60 7,60  
Pipe line certificates nom. 150,50 146,00  
S h a l l Western steam . 6,75 6,85  
do. Petroleum per Juli . 6,90 6,90  
Z u d e r Fair refining Mosco-  
bados . 215/16 215/16  
Weizen fest.  
Winter-Winter loco . 83,87 83,87  
per Juli . 83,00 83,00  
per September . 84,50 83,87  
per Dezember . 86,00 83,87  
K a f f e e Rio de Janeiro loco . 16,00 16,00  
per Juli . 14,70 14,65  
per September . 14,80 14,75  
M a i s bed., per Juni . 3,05 3,05  
per Juli . 57,50 57,12  
per September . 58,62 58,12  
K u p f e r: höchster Preis . 10,75 10,75  
G e r e b r a c h t nach Liverpool . 1,25 1,25  
Chicago, 8. Juni.  
Weizen fest, per Juni . 81,00 79,50  
do. per Juli . 81,75 80,25  
M a i s fest, per Juni . 52,12 51,62  
B a r l per Juni . 12,57 12,45  
S e e d short clear . nom. nom.

Stettin, 10. Juni. Im Revier 16 Fuß  
10 Zoll = 5,29 Meter.  
Schiffsnachrichten.  
Kiel, 8. Juni. Die bei der Gasexplosion  
auf dem Panzerschiff „Würtemberg“ Verun-  
glückten, Oberfeuermeistersmaat Ullrich und Ma-  
schinenbauer Andre und Kiel, sind ihren Ver-  
letzungen erlegen.  
Dreierhafen, 8. Juni. Auf Tecklenborgs  
Werft lief heute der 6150 Tons große, aus Stahl  
gebaute Fünfmastler „Potof“ glücklich vom  
Stapel. Dieser Fünfmastler ist das größte Segel-  
schiff der Welt. Es gehört der Hamburger  
Firma Bach.

Telegraphische Depeschen.  
Friedrichshagen, 10. Juni. Bei dem gestrigen  
Empfang des Ausschusses des Bundes der Land-  
wirthe sprach Herr v. Bloch dem Fürsten Bis-  
marck die Huldigung des Bundes aus. Der  
Fürst antwortete in längerer Rede und führte aus,  
daß zwar jetzt an den Handelsverträgen, solange  
dieselben Gültigkeit haben, nichts geändert werden  
könne, daß aber der Abschluß derselben f. z. zu  
allererst vorgenommen werden sei. Der Reichs-  
tag habe damals die für die Landwirtschaft so  
wichtigen Fragen binnen weniger Tage durch-  
geprüft, ohne Zeit zu reiflicher Prüfung gehabt  
zu haben. Er — der Fürst — habe ja zu der  
Zeit einen Sitz im Reichstage gehabt; aber was  
hätte es genützt, wenn er erschienen wäre und  
frei von der Leber weg seiner inneren Ueber-  
zeugung Ausdruck gegeben hätte. Man hätte  
seinen politischen Gegnern ja doch mehr Glauben  
geschenkt. Wie die Dinge jetzt liegen, so  
komme er den Konserverativen nur rathen,  
mehr als bisher die agrarischen Interessen zu ver-  
treten. Man solle nicht solche Abgeordnete in den  
Reichstag bringen, deren Interessen bei den Deuten  
ohne Dalm und Liegen, oder solche, welche  
Minister zu werden wünschten. Man möge vor  
allen Dingen Männer wählen, vom Fleisch und  
Blut der Landwirtschaft und selbst an der Ver-  
tretung der eigenen Interessen. Der Gesandte  
ohne Dalm und Liegen, man den Reichstag ent-  
gegen: „Für Dalm und Liegen.“ Die Landwirtschaft  
müßte zusammenhalten gegen die Drohnen, welche  
aus regieren, aber nur Geleke machen, die nicht  
genügen. Zum Schluss führte der Fürst noch aus,  
jeder Staatsminister müßte eine Domäne erhalten,  
von der er zu leben habe; dann würde er die In-  
teressen der Landwirtschaft besser vertreten. Mit  
einem Hoch auf den Kaiser, den größten Grund-  
besitzer, beendigte der Fürst seine Rede.  
Troppau, 10. Juni. Gestern früh fand  
aus unbekannter Ursache in dem Karwiner Jo-  
hanna-Schacht eine Explosion „schlagender Wetter“  
statt. Ein Oberbäuer und sechs Pauer sind schwer  
verletzt.

Paris, 10. Juni. Der sozialistische Partei  
hatte für gestern 10 Volksversammlungen einbe-  
rufen, von denen zwei nicht abgehalten, eine pol-  
itisch aufgelöst und die übrigen ziemlich ruhig  
verflossen.  
Paris, 10. Juni. Der bekannte Raumdorf,  
welcher sich für König Ludwig XVII. von Frank-  
reich angeboten, hat anfänglich der bevorstehenden Kieler  
Festlichkeiten an das französische Volk ein Manifest  
gerichtet, in welchem es u. A. heißt: In meiner  
Eigenschaft als Erster der Franzosen erlaube ich  
vor der ganzen Welt, daß ich durch mein Still-  
schweigen nicht den Anschein erwecken will, als sei  
ich an der Demüthigung, die Frankreich in Kiel  
erleidet, mitthüßig.

Paris, 10. Juni. Auf dem Rennplatz von  
Longchamps waren gestern 285 Wettbureau mit  
2000 Beamten eingerichtet. Im Ganzen wurden  
4 Millionen Franken verwettet. Am Eintritte-  
gelde sind 285 000 Franken vereinnahmt worden.  
Der Präsident Faure verließ um 6 Uhr die Ren-  
nbahn und fuhr nach dem Champs-Élysées zurück.  
Petersburg, 10. Juni. Beim Vatikan ist  
eine dauernde russische Gesandtschaft errichtet  
worden.

Schutzmittel.  
Special-Preisliste versendet in geschloss. Con-  
volut ohne Fracht gegen Einsendung von 20 Pf. in Marken.  
W. H. Nischel, Frankfurt a. M.

Seiden-  
Sollte direkt aus der Gabel von  
von Elten & Kausen, Greifeld  
entworfene, farbige u. weisse Seidenstoffe, Sammet, Atlasse u.  
Seiden. Man verlange Muster mit Angabe des Gewinns.